

Winterthur will seine Spitäler behalten!

von Maria Sorgo, Gemeinderätin SP

Die beiden Spitäler KSW und IPW haben eine immense Bedeutung für die Stadt und Region Winterthur. Sie sind wichtige Aushängeschilder und decken einen grossen Teil der Grundversorgung weit über die Stadt hinaus ab. Sie gehören zu den grössten Arbeitgeberinnen in der Region. Gerade mit ihrem heutigen Status als öffentliche Institutionen ist es ihnen möglich, gemeinsam mit der Stadt Winterthur innovative Gesundheitsprojekte für die gesamte Bevölkerung zu betreiben, aber auch mit privaten Anbietern neue Angebote schaffen.

Die Winterthurerinnen und Winterthurer wollen ihr KSW und ihre IPW nicht in die Hände von privaten Investoren geben. Auch die Winterthurer Politik stellt sich gegen die Privatisierungsvorlagen. Deshalb hat sich ein breites Nein-Komitee gebildet aus den lokalen Parteien SP, AL, Grünen, GLP, CVP sowie dem GBW. Diese Breite zeigt, dass die direkt Betroffenen diese Vorlagen deutlich kritischer einschätzen als viele Exponent/innen im Kanton. Sogar der Stadtrat von Winterthur sieht zumindest bei der IPW keine dringende Notwendigkeit zur Rechtsformänderung und hat deshalb bei dieser Vorlage Stimmfreigabe beschlossen. Und auch aus Kreisen des Gesundheitsfachpersonals kommt immer deutlichere Kritik an der Vorlage. Sie sehen die Versorgungsqualität ihrer Patientinnen und Patienten in Gefahr und sorgen sich um die Arbeitsbedingungen der Angestellten.

Das Winterthurer Komitee bekämpft die Vorlage aus folgenden Gründen:

1. In den aktuellen Vorlagen geht es nicht nur um eine Rechtsformänderung. Die Möglichkeit, dass bis zu 49% der Aktien verkauft werden können, ohne dass die Bevölkerung eine Möglichkeit hat, geht deutlich zu weit.
2. Dass beide Institutionen mit den veränderten Rahmenbedingungen mehr Handlungsspielraum brauchen, wird anerkannt. Dass von Seiten Regierungs- und Kantonsrat aber keine anderen Möglichkeiten geschaffen wurden, diesen Handlungsspielraum mit anderen Instrumenten zu erweitern, ist enttäuschend.
3. Beide Institutionen sind für die Grundversorgung der Winterthurerinnen und Winterthurer von zentraler Bedeutung. Sollte das geplante Experiment nicht funktionieren, wie von den Befürworter/innen erwartet, leiden die Stadt und Region zuerst und in besonderem Ausmass.

Neben der Sorge um die Versorgungssicherheit der Patientinnen und Patienten wären es die Angestellten beider Institutionen, welche zuerst von den neuen Bedingungen betroffen wären. Zwar wird von den Befürwortern ins Feld geführt, dass dem Personal unter den neuen gesetzlichen Bestimmungen bessere Bedingungen, beispielsweise die 5. Ferienwoche, geboten werden könnte. Gerade im KSW erhält das Personal aber ab einem bestimmten Gewinn heute schon diese zusätzliche Ferienwoche. Bisherige Erfahrungen aus Deutschland oder beispielsweise Neuenburg zeigen, dass die Arbeitsbedingungen in grossem Ausmass dem aktuellen finanziellen Ergebnis der jeweiligen Klinik ausgeliefert sind. Von besseren Bedingungen profitiert meist nur das obere Kader.

Der Entscheid der anstehenden Abstimmungen des gesamten Kantons hat enorme Auswirkungen für die Stadt und Region. Dem Komitee ist es daher ein zentrales Anliegen, die grosse Bedeutung der beiden Institutionen für Winterthur in den gesamten Kanton hinauszutragen. Auch wenn ein Teil des Kantons am 21. Mai nicht direkt von dieser Entscheid an der Urne betroffen ist, werden die Auswirkungen im gesamten Kanton und darüber hinaus zu spüren sein. Deshalb bedanken sich die Winterthurerinnen und Winterthurer bei allen Stimmberechtigten des Kantons, dass sie ihre Spitäler nicht verkaufen.